

NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

Sitzungsnummer: SOA/05/2016
Gremium: Sozialausschuss
Tag: Mittwoch, 14.09.2016
Ort: Sitzungsraum A.201, Rathaus an der Volme
Beginn: 16:00 Uhr
Hinweis:

A. TAGESORDNUNG

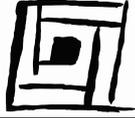
I. Öffentlicher Teil

1. . Feststellung der Tagesordnung
2. . Mitteilungen
3. . Bericht aus dem Seniorenbeirat
4. . Bericht aus dem Beirat für Menschen mit Behinderungen
5. . Bericht aus dem Integrationsrat
6. . Antrag der Aidshilfe Hagen e.V. auf Zuschusserhöhung um 10.000,--€
Vorlage: 0751/2016
7. . Bericht der interfraktionellen Gruppe über die Aufnahme, Betreuung und Integration von Flüchtlingen
Anlage: Protokoll der Sitzung vom 25.09.2016
8. . Integrationsleitfaden - Schritte zur Integration der Flüchtlinge in Hagen
Vorlage: 0806/2016
9. . Anfrage der Fraktion Hagen Aktiv gem. § 5 GeschO des Rates
Sachstandsbericht Evaluation Sozialticket
Stellungnahme und Anlage
Vorlage: 0810/2016
10. . Das Mehrgenerationenhaus als Bestandteil der kommunalen Planungen zum demografischen Wandel
Vorlage: 0728/2016
11. . Zuschüsse an Wohlfahrtsverbände
hier: Jahresberichte 2015
Vorlage: 0695/2016
12. . Anfragen gemäß § 18 der Geschäftsordnung



II. Nichtöffentlicher Teil

1. . Mitteilungen
2. . Veröffentlichungen
3. . Anfragen gemäß § 18 der Geschäftsordnung



B. SITZUNGSVERLAUF

I. Öffentlicher Teil

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:00 Uhr

1. . Feststellung der Tagesordnung

Frau Timm-Bergs begrüßt die Anwesenden zur ersten Sitzung des Sozialausschusses nach der Sommerpause.

Sie stellt fest, dass es bezüglich der Tagesordnung keine Änderungswünsche gibt.

Herr Hentschel weist darauf hin, dass das unter TOP 7 aufgeführte Protokoll der Interfraktionellen Gruppe vom 25.08.2016 sei und nicht wie dort aufgeführt vom 25.09.2016. Er bitte um entsprechende Änderung.

Frau Hogrebe bittet, den Schreibfehler zu entschuldigen.

2. . Mitteilungen

Herr Goldbach berichtet, dass am 06.08.2016 das Integrationskonzept in Kraft getreten sei. Damit verbunden sei eine Wohnsitzauflage, die nachträglich rückwirkend zum 01.01.2016 regele, dass Flüchtlinge und Asylbewerber, die anerkannt seien, für drei Jahre ihren Wohnsitz in dem Bundesland behalten müssten, dem sie zugewiesen worden seien. Diese Regelung führe gerade bundesweit zu gewisser Aufregung. Aus dem interkommunalen Austausch wisse man, dass es durchaus erhebliche Ströme aus anderen Bundesländern nach Nordrhein-Westfalen gebe. Es lägen Berichte darüber vor, dass diese wohl teilweise gesteuert seien. Die Kommunen in Nordrhein-Westfalen sprächen sich ab, wie man in Bezug auf die Wohnungsauflage verfahren wolle. Es gebe Ausnahmen, die im Gesetz fixiert seien. Eine dieser nicht näher definierten Ausnahmen sei, wenn bereits Integrationsleitungen erbracht worden seien. Zu diesem Thema habe am 13. September eine Arbeitsgruppe aus Bund und Ländern getagt. In zwei Wochen finde dort ein weiterer Termin mit Ministeriumseteiligung statt. Er könne berichten, dass nach landesweiter Absprache die Jobcenter, die gar nicht mehr zuständig seien, nur noch befristete Bewilligungen aussprechen. Die Frage, inwieweit Ausnahmetatbestände vorhanden seien, bedinge eine Einzelfallprüfung durch die Ausländerbehörde. So werde man auch in Hagen verfahren. Es könne auch zur Folge haben, dass aus Hagen zurückgewiesen werde. Das sei natürlich für die Betroffenen durchaus problematisch. Hagen sei mit einer Größenordnung von 300 Bedarfsgemeinschaften mit über 500 Personen betroffen.

Für Hagen könne das jahresbezogen eine Summe von bis zu 2 Millionen Euro ausmachen.



Im Zuge des Integrationsgesetzes habe die Bundesregierung auch ein Programm für Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen aufgelegt. Das sei ein Programm, das Arbeitsgelegenheiten im klassischen Sinne schaffe, aber nicht über Jobcenter, sondern durch die Bundesagentur für Arbeit. Die Kommune, die für die Unterbringung der Flüchtlinge zuständig sei, sei der Antragsteller und suche sich dafür einen Maßnahmeträger. Hagen habe ein Kontingent von bis zu 145 externen Maßnahmen, die im Stadtgebiet stattfänden und weiteren 35 Maßnahmen, die in den Unterkünften selbst stattfänden.

Die ersten Maßnahmen habe man mit dem Werkhof als Kooperationspartner eingereicht. Weitere Maßnahmen seien auf dem Weg. Die Ressourcen der Träger für diesen Bereich seien begrenzt und der finanzielle Anreiz mit 250 € pro Teilnehmer und Maßnahme pro Monat gering. Für die nächste Sitzung des Sozialausschusses sei ein gemeinsamer Bericht mit dem Jobcenter Hagen vorgesehen. Man werde berichten, was bisher eingerichtet worden sei und welche Arbeitsgelegenheiten es im SGB II gebe.

Weiterhin könne er aus dem Arbeitskreis „Jobcenter Junges Hagen“ berichten, dass man zu einem gemeinsamen Ergebnis gekommen sei. Man werde einen Hagener Weg finden. Man bereite zurzeit gemeinsam mit dem Jobcenter eine Vorlage dazu vor. Er gehe davon aus, dass man die Vorlage im November hier im Ausschuss beraten könne.

Frau Kaufmann ergänzt, dass man außerdem vereinbart habe, dass man das gesamte Thema „Flüchtlinge“ auch im Rat der Stadt vorstellen werde.

Frau Gebhardt werde als Geschäftsführerin des Jobcenters Hagen einen Überblick über die allgemeinen Entwicklungen und zum Thema „Flüchtlinge in Arbeit“ geben.

Frau Timm-Bergs informiert darüber, dass am 19.09.2016 am Seniorenzentrum in der Buschstraße ein Rollator-Tag stattfinde. Interessierte Bürger seien herzlich dazu eingeladen.

3. . Bericht aus dem Seniorenbeirat

Herr Homm lässt herzliche Grüße von Herrn Wegener ausrichten. Dieser hoffe, noch in diesem Jahr wieder an den Sitzungen teilnehmen zu können.

Er berichtet aus dem Seniorenbeirat.



4. . Bericht aus dem Beirat für Menschen mit Behinderungen

Herr Wirth berichtet aus dem Beirat für Menschen mit Behinderungen.

Frau Kaufmann ergänzt die Ausführungen von Herrn Wirth dahingehend, dass man gestern im Kultur- und Weiterbildungsausschuss beschlossen habe, dass Vertreter des Beirats für Menschen mit Behinderungen in verschiedene Ausschüsse entsandt werden könnten. Diese Maßnahme werde positiv begleitet. Sie wolle darauf aufmerksam machen, dass man zukünftig anstelle des Wortes „behindertengerecht“ das Wort „barrierefrei“ verwenden wolle. Auch beim Thema „leichte Sprache“ habe man einiges nachzubessern. Man sei dankbar dafür, wenn auf gesetzliche Änderungen hingewiesen würde und wie deren Umsetzung in Hagen aussehe.

Auf die Frage von Herrn Hentschel erklärt sie, dass es den Begriff „barrierefreie Sprache“ ebenso gebe wie den Begriff „leichte Sprache“. Gemeint sei dabei der gleiche Sachverhalt.

Herr Homm weist darauf hin, dass die Kommunen rund um Hagen bereits Prioritätenlisten aufgestellt hätten, was den Umbau der Bushaltstellen in Bezug auf Barrierefreiheit angehe.

Herr Wirth weist abschließend darauf hin, dass in der nächsten Sitzung des Beirates für Menschen mit Behinderungen das Thema „leichte Sprache – einfache Sprache“ behandelt werde. Interessierte Gäste seien herzlich willkommen, sich das anzuhören.

5. . Bericht aus dem Integrationsrat

Herr Gül berichtet aus dem Integrationsrat.

6. . Antrag der Aidshilfe Hagen e.V. auf Zuschusserhöhung um 10.000,--€ Vorlage: 0751/2016

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Hentschel beantragt im Namen seiner Fraktion, den Antrag an die Verwaltung zurückzuweisen. Das in der letzten Sitzung des Sozialausschusses vereinbarte Gespräch mit der AIDS-Hilfe habe nicht stattgefunden. Sollte das Gespräch doch stattgefunden haben, werde er den Antrag zurückziehen.



Frau Timm-Bergs erinnert daran, dass man in der letzten Sitzung beschlossen habe, dass es ein Gespräch mit Herrn Huyeng, dem Gesundheitsamt und Herrn Rau geben solle. Das scheine ja nicht stattgefunden zu haben und damit sei ein Beschluss des Sozialausschusses ausgehebelt worden. Das sei so nicht akzeptabel. Die Verwaltung habe Beschlüsse des Ausschusses umzusetzen.

Frau Engelhardt erklärt, dass der Antrag von ihrer Fraktion befürwortet werde und man weiterhin beantrage, das noch zu führende Gespräch moderieren zu lassen. Sie schlage vor, dass Frau Buchholz die Moderation übernehme. In dem Gespräch sollte außerdem konkret die erforderliche Aufstockungssumme benannt werden.

Frau Kaufmann zitiert aus dem Protokoll der letzten Sitzung des Sozialausschusses, in der man sich bereits intensiv mit dem Thema befasst habe. Es habe Einigkeit darüber bestanden, dass für den nächsten Sozialausschuss eine Vorlage erstellt werden solle. Dem sei von der Verwaltung Rechnung getragen worden.

Herr Ciupka bittet Herrn Hentschel, den Antrag zur Geschäftsordnung noch einmal zu formulieren.

Herr Hentschel kommt der Bitte nach. Der Antrag solle an die Verwaltung zurückgewiesen werden, bis das vereinbarte Gespräch stattgefunden habe.

Herr Ciupka stellt fest, dass die Geschäftsordnung damit eingehalten worden sei. Über diesen Antrag müsse zunächst unabhängig von dem Zusatz von Frau Engelhardt abgestimmt werden.

Frau Cramer erklärt, dass Einigkeit darüber bestehe, über den gestellten Antrag abzustimmen. Sie weise jedoch darauf hin, wie oft Herr Rau Gelegenheit bekommen habe, über sein Anliegen zu sprechen. Das sei unter Umständen anderen Trägern gegenüber nicht gerechtfertigt, die nicht so oft Gelegenheit hätten, ihre finanziellen Bedarfe anzusprechen. Für das noch stutzufindende Gespräch sehe sie eine große Ausweglosigkeit, da man nach wie vor keinen genehmigten Haushalt habe.

Herr Vesper weist darauf hin, dass durch die Aussage in Punkt 1 der Beschlussvorlage bereits alles ausgehebelt werde. Weitere Gespräche würden nichts daran ändern.

Herr Hentschel ist anderer Meinung. Eine Vorlage könne man ändern.

Frau Timm-Bergs lässt über den gestellten Antrag von Herrn Hentschel abstimmen.



Antrag der Fraktion Die Linke: Der Antrag der Aidshilfe Hagen e.V. wird an die Verwaltung zurücküberwiesen, da das in der letzten Sitzung des Sozialausschusses vereinbarte Gespräch mit der Aidshilfe nicht stattgefunden hat

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
CDU		5	
SPD	3		1
Bündnis 90/ Die Grünen	2		
Hagen Aktiv	1		
FDP		1	
AfD	1		
Die Linke	1		
BfHo/Piraten Hagen	1		

Mit Mehrheit beschlossen

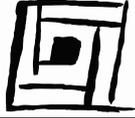
Dafür: 9
 Dagegen: 6
 Enthaltungen: 1

Frau Fischbach fragt, ob eine weitere Diskussion folge oder ob der Tagesordnungspunkt mit der Abstimmung über den Antrag von Herrn Hentschel beendet sei.

Herr Stricker weist darauf hin, dass nach dieser Abstimmung doch ein klarer Auftrag erteilt werden solle, was genau passieren solle, damit man in der nächsten Sitzung zu einer endgültigen Beschlussfassung kommen könne.

Frau Engelhardt kommt dieser Bitte nach und formuliert den Auftrag, das noch zu führende Gespräch unter Ergänzung der Moderation von Frau Buchholz einzufordern. Es solle eine konkrete Aufstockungssumme genannt werden.

Herr Beuth stellt fest, dass das Gesundheitsamt voraussichtlich Probleme haben werde, einen Kompensationsvorschlag für den Betrag zu machen. Daher solle man bereits im Vorfeld schauen, woher man das Geld nehmen wolle.



Herr Henschel bittet darüber hinaus um die Differenzierung, was in dem Bereich Pflichtaufgabe und was freiwillige Aufgabe sei. Mit welchen Mehrkosten habe man bei einer Rückführung der Aufgabe an die Stadt zu rechnen?

Frau Timm-Bergs schlägt eine kurze Pause vor, in der das weitere Vorgehen in der Angelegenheit abgestimmt werden soll.

Frau Timm-Bergs stellt fest, dass durch den mit Mehrheit angenommenen Antrag von Herrn Henschel dieser Tagesordnungspunkt abgeschlossen ist. Sie hoffe auf den guten Willen aller Beteiligten, damit man bei dem Gespräch zu einer guten Lösung kommen könne.

Herr Ciupka merkt an, dass der Ausschuss beschlossen habe, dass die Verwaltung in einen Dialog eintrete. Dafür brauche man keine Moderation. Es sei ihm wichtig, diese Feststellung für das Protokoll festzuhalten. Bei der nächsten Sitzung werde über das Ergebnis dieses Gespräches berichtet und der Ausschuss werde einen Beschluss in der Angelegenheit fassen.

Beschluss:

Die vertraglich vereinbarte Zahlung an die Aidshilfe Hagen e.V. in Höhe von 83.733,--€ wird bestätigt. Eine Erhöhung des Betrages um 10.000,-- € wird weiterhin abgelehnt.

Begründung:

1. Die Zuschussgewährung wäre eine neue zusätzliche freiwillige Leistung, die nur durch eine alte bzw. bestehende freiwillige Leistung kompensiert werden dürfte. Für eine Kompensation durch Wegfall einer anderen freiwilligen Leistung sieht die Verwaltung keinen Spielraum. Daher ist von Seiten der Stadt kein finanzieller Rahmen für eine solche Erhöhung gegeben.
2. Auch unter infektiologischen Gesichtspunkten ist eine Erhöhung der Aufwendungen für diese eine Infektionserkrankung verglichen mit den vielen Infektionserkrankungen, die pro Jahr in Hagen zu verzeichnen sind, sachlich nicht nachzuvollziehen

Ohne Beschlussfassung



7. . **Bericht der interfraktionellen Gruppe über die Aufnahme, Betreuung und Integration von Flüchtlingen**
Anlage: Protokoll der Sitzung vom 25.09.2016

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Kingreen merkt an, dass dem Bericht zu entnehmen sei, dass die drei Stellen im EU-Zuwanderungsbereich extern ausgeschrieben seien. Sie fragt, ob es bereits Ergebnisse gebe.

Herr Goldbach antwortet, dass die Stellenausschreibungen jetzt freigegeben seien. Man werde diese an unterschiedlichen Stellen veröffentlichen. Es gebe einige Initiativbewerbungen. Er beschreibe die Voraussetzungen, die die Bewerber erfüllen sollten. Das Verfahren laufe, aber es seien noch keine Stellen besetzt. Ziel sei es, die Stellen noch in diesem Jahr zu besetzen.

Frau Kaufmann ergänzt, dass man über dieses Thema bereits am Morgen im Jobcenter gesprochen habe. Auch dort würden Mitarbeiter mit rumänischen Sprachkenntnissen gesucht. Der Arbeitsmarkt sei diesbezüglich leergefegt. Man denke über Nachqualifizierungen und andere Maßnahmen nach. Man befinde sich dabei auch in Konkurrenz mit anderen Arbeitgebern.

8. . **Integrationsleitfaden - Schritte zur Integration der Flüchtlinge in Hagen**
Vorlage: 0806/2016

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Kaufmann bedankt sich im Namen der Verwaltung bei allen Beteiligten, die an dem Thema beteiligt gewesen seien. Ihr besonderer Dank richte sich außerdem an Herrn Goldbach, Herrn Gierke, deren Mitarbeiter und den ehemaligen Mitarbeitern Herrn Steuber und Herrn Fiedler, die diesen Integrationsleitfaden ursprünglich entwickelt hätten.

Man wolle für alle Fälle in diesem Zusammenhang vorbereitet sein.

Ihr sei es wichtig, darauf hinzuweisen, dass es sich um ein Arbeitspapier in Form eines Entwurfes handle. Dieser solle Eingang finden in das Integrationskonzept, das man im nächsten Jahr neu auflegen und dem Sozialausschuss zur Beschlussfassung vorlegen werde.

Sie wolle noch darauf hinweisen, dass die EU-Zuwanderung nicht in dem Papier enthalten sei, da es zunächst um die Integration der Flüchtlinge in Hagen gegangen sei.

Herr Goldbach stellt den Integrationsleitfaden anhand einer kurzen Präsentation vor (**siehe Anlage zu TOP 8**).



Herr Hentschel bittet, auf Seite 11 in die Rubrik Wohnen zu schauen. Dort sei als Ziel formuliert: „ Alle Flüchtlinge sind in der Lage, ihren Haushalt selbstständig zu führen und berücksichtigen dabei die kulturellen, rechtlichen, gesellschaftlichen Anforderungen und Erwartungen ihrer Aufnahmekommune.“ Mit dieser Formulierung sei er nicht einverstanden, da das zu unpräzise sei. Er bitte, diesen Satz redaktionell zu überarbeiten.

Herr Homm lobt den Vortrag von Herr Goldbach. Dieser habe ihm gut gefallen. Er bitte, diesen Vortrag dem Protokoll beizufügen, damit man eine Argumentationshilfe habe.

Frau Kingreen betont, dass man das Papier als eine Art Zielsetzung betrachten müsse. Man sei als Kommune ja auch auf andere Stellen angewiesen, beispielsweise wie schnell das Bundesamt für Migration die Anträge bearbeite. Wie sei da der Stand der Dinge?

Frau Buchholz schildert die Situation aus Sicht der Verbände, dass die Integrationsarbeit nicht nach einer bestimmten Zeit beendet sei.

Frau Kaufmann weist darauf hin, dass die Datenbasis Stand Mai 2016 sei. Es sei noch bis August redaktionell überarbeitet worden. Man wisse nicht abschließend, was auf die Gesellschaft zukomme. Man müsse sich die Flexibilität im Kopf erhalten.

Das auf Seite 11 abgebildete Papier sei das Arbeitsblatt der Sozialarbeiter. Dort sei beschrieben, wie die neu zugewanderten Menschen sich in der Kommune zu verhalten hätten, damit das Zusammenleben funktioniere. Über all diese Dinge könne man diskutieren, weil sie nicht endgültig seien. Interkulturelle Kompetenz sei auch eine Kompetenz des Zuwanderers. Diese Diskussion sei bisher noch nicht geführt worden.

Das Anerkennungsverfahren laufe bei den Flüchtlingen, die aus Ländern mit einer hohen Wahrscheinlichkeit auf eine Bleibeperspektive kämen, relativ zügig.

Herr Gierke teilt mit, dass es in Hagen aktuell gelungen sei, dass alle Personen sich im Asylverfahren befänden. Die Entscheidung falle derzeit relativ zeitnah.

Herr Hentschel merkt an, dass sein Wortbeitrag nicht als Kritik gemeint gewesen sei.

Frau Timm-Bergs stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Integrationsleitfaden wird als handlungsleitende Orientierung für die Integrationsarbeit beschlossen.



Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	5		
SPD	4		
Bündnis 90/ Die Grünen	2		
Hagen Aktiv	1		
FDP	1		
AfD	1		
Die Linke	1		
BfHo/Piraten Hagen	1		

Einstimmig beschlossen

Dafür: 16
Dagegen: 0
Enthaltungen: 0

**9. . Anfrage der Fraktion Hagen Aktiv gem. § 5 GeschO des Rates
Sachstandsbericht Evaluation Sozialticket
Stellungnahme und Anlage
Vorlage: 0810/2016**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Jochheim erklärt als Antragstellerin, dass man gerne wüsste, wie es mit dem Sozialticket weitergehe. Der Preis dafür sei ja bereit erhöht worden. Die Mobilität der einzelnen Menschen sei sehr wichtig und es müsse dafür eine dauerhafte Lösung gefunden werden. Darüber sollte man fraktionsübergreifend nachdenken.



**10. . Das Mehrgenerationenhaus als Bestandteil der kommunalen Planungen zum demografischen Wandel
Vorlage: 0728/2016**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Zu diesem Tagesordnungspunkt findet keine Diskussion statt.

Beschluss:

Der Sozialausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Hagen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Hagen bekräftigt, dass das Mehrgenerationenhaus des Deutschen Kinderschutzbundes Ortsverein Hagen e.V. Bestandteil der kommunalen Planungen zum demografischen Wandel und zur Sozialraumentwicklung in Hagen ist.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	5		
SPD	4		
Bündnis 90/ Die Grünen	2		
Hagen Aktiv	1		
FDP	1		
AfD	1		
Die Linke	1		
BfHo/Piraten Hagen	1		

Einstimmig beschlossen

Dafür: 16
Dagegen: 0
Enthaltungen: 0



**11. . Zuschüsse an Wohlfahrtsverbände
hier: Jahresberichte 2015
Vorlage: 0695/2016**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Kaufmann dankt den Wohlfahrtsverbänden und allen im Bericht aufgeführten Vereinen und Organisationen für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit auf allen Ebenen.

Frau Timm-Bergs schließt sich als Vorsitzende dem Dank von Frau Kaufmann an.

Beschluss:

Der Sozialausschuss nimmt die Vorlage der Verwaltung und die Berichte der Wohlfahrtsverbände zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Zur Kenntnis genommen

12. . Anfragen gemäß § 18 der Geschäftsordnung

Herr Stricker fragt, ob er davon ausgehen könne, dass man bei der Beschlussfassung des Integrationsleitfadens über einen Entwurf und nicht über die endgültige Fassung entschieden habe.

Diese Annahme wird bestätigt.

Herr Wehn nimmt Bezug auf den Wortbeitrag von Herrn Goldbach, in dem dieser unter TOP 1 von der Wohnsitzauflage und der geplanten Vorgehensweise berichtet habe. Er bitte, die Einzelfälle mit Augenmaß zu behandeln, die seit Jahresbeginn in Hagen seien.

Frau Kaufmann gibt Herrn Wehn im Hinblick auf seine Ausführungen Recht. Es gebe dazu auch noch keine weiteren Ausführungen. In den Fällen ab 06.08.2016 sei die Vorgehensweise eindeutig. Alles Andere sei jedoch nicht nur in das Ermessen der Kommune gestellt. Jeder Einzelfall werde geprüft. Eine angefangene Integrationsmaßnahme gelte beispielsweise nicht als Grund, um von der Rücküberweisung abzusehen. Sie gehe davon aus, dass man eine gemeinsame Vorgehensweise abstimmen werde. Man wolle an einem Strang mit



den Trägern und Verbänden ziehen.

Frau Kingreen stellt fest, dass ihre Anfrage in die gleiche Richtung gegangen sei. Vielleicht könne man Lösungen über einen Finanzausgleich finden.

Frau Buchholz fragt nach dem Sachstand in der Angelegenheit. Vielleicht könne dazu in der nächsten Sitzung berichtet werden. Wieso werde man bereits tätig, wenn noch keine Ausführungsbestimmungen vorlägen? Wie sei die Praxis und wer trage die entstehenden Kosten?

Herr Goldbach berichtet, dass die Angelegenheit zwischen Bund, Ländern und Kommunen in der Diskussion sei, welche anderen Lösungen es gebe. Man müsse als Kommune bereits jetzt tätig werden, weil das Jobcenter in Hagen für diese Menschen gar nicht mehr zuständig sei. Eigentlich dürfte das Jobcenter in diesen Fällen gar keine Leistungen mehr bewilligen. Es gebe allerdings die Übereinkunft, bis zum 31. Oktober befristet zu bewilligen. In diesem Zeitraum sollte der Klärungsprozess stattfinden. Die Fahrtkosten würden notfalls im Rahmen des SGB XII bezahlt.

Herr Hentschel erinnert daran, dass man hier im Ausschuss vor geraumer Zeit beschlossen habe, dem Kindergartenneubau in der Elberfelder Straße zuzustimmen. Man habe sich auf eine Änderung geeinigt, dass in den Ferien und nach Schließen der Einrichtung der Spielplatz der Allgemeinheit zur Verfügung gestellt würde. Er habe feststellen müssen, dass das nicht umgesetzt worden sei. Eine Nutzung sei derzeit nicht möglich und er wolle wissen, ob die Verwaltung sich darum kümmern werde.

Frau Kaufmann weist darauf hin, dass diese Anfrage von Herrn Hentschel bereits im Haupt- und Finanzausschuss gestellt worden sei. Eine schriftliche Beantwortung der Anfrage sei dort zugesagt worden.

Herr Goldbach merkt an, dass die Kindertageseinrichtung erst zum 01.09.2016 den Betrieb aufgenommen habe. In den Sommerferien habe sich die Maßnahme in der Bauphase befunden. Aus dem Grund sei die Zugänglichkeit in den Sommerferien nicht gegeben gewesen. Die Zusagen seien eingehalten worden. Es seien zwei Tore vorhanden. Das sei mit Fotos dokumentiert und der schriftlichen Beantwortung der Anfrage beigelegt worden.

Ende des öffentlichen Teiles: 17:45 Uhr